

Daniel Gräber
Der Awo-Komplex
FRANKFURTER NEUE PRESSE

FRANKFURTER NEUE PRESSE vom 24.8.2019

Der Awo-Komplex

Arbeiterwohlfahrt - Geschäftsführer, Berater und ehrenamtliche Kontrolleure: Die Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden sind eng verwoben – womöglich zu eng

Frankfurt. Im Oktober 2016 flog Jürgen Richter mit einer 20-köpfigen Delegation nach Tel Aviv. Die Gruppe logierte elf Nächte im Hotel Metropolitan, für Ausflüge stand ein eigener Bus mit Sicherheitsbegleitung zur Verfügung, Spesenrechnungen wurden großzügig beglichen. Mindestens 35 000 Euro kostete die Israel-Reise den Kreisverband Frankfurt der Arbeiterwohlfahrt (Awo). Was der Verein, der Kindergärten und Altenheime in Frankfurt betreibt, davon hatte, bleibt unklar.

Jürgen Richter, seit 1993 angestellter Geschäftsführer des Vereins, nahm seine Frau mit, die beim Awo-Kreisverband Wiesbaden die Geschäfte führt, sowie ausgesuchte Angestellte und Vorstandsmitglieder der Awo Frankfurt. Darunter etwa die SPD-Stadtverordneten Myrella Dorn und Renate Wolter-Brandecker mit ihrem Lebenspartner. Auf Anfragen unserer Zeitung nach dem Zweck und dem Inhalt der Reise reagierten weder die beiden Stadtverordneten noch der Awo-Kreisverband selbst.

Der ist derzeit ohnehin in Erklärungsnot. Wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten musste die Awo Frankfurt Ende 2018 ihre beiden Flüchtlingsheime, die sie im Auftrag der Stadt betrieben hatte, an andere Träger abgeben. Öffentlich bekanntgemacht hat das diese Zeitung.

Nun bringen Recherchen neue Ungereimtheiten ans Licht. Es geht um verdeckte Zahlungen an den Vorstandsvorsitzenden, um merkwürdige Doppelfunktionen und um undurchsichtige Geschäfte zulasten des Steuerzahlers.

Wer dieses Gewirr aus Posten und Geldströmen verstehen will, muss über die Stadtgrenzen hinaus bis in die Landeshauptstadt blicken. Die beiden Awo-Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden sind zwar offiziell zwei voneinander unabhängige, rechtlich selbstständige Vereine. Doch sie sind personell und wirtschaftlich eng miteinander verwoben. So eng, dass zu bezweifeln ist, ob ein wesentliches Prinzip der Awo hier noch funktioniert: die strikte Trennung zwischen hauptamtlicher Geschäftsführung und ehrenamtlicher Kontrolle durch Vorstand und Kassenprüfer.

Fünf Schlüsselpersonen spielen in diesem Awo-Netzwerk eine Rolle. Ihre Namen tauchen auch in Flugrechnungen der Israel-Reise von 2016 auf: Jürgen Richter, Hannelore Richter, Ansgar Dittmar, Panagiotis Triantafillidis und Klaus Roth.

Hannelore Richter begann ihre Awo-Karriere in einem Wiesbadener Pflegeheim. 1986 wurde sie dort die jüngste Heimleiterin Hessens. Mit Jürgen Richter war sie damals seit acht Jahren verheiratet, ihr gemeinsamer Sohn ein Jahr alt. Auch der ist inzwischen bei der Awo Wiesbaden angestellt. Zur Geschäftsführerin des Kreisverbands wurde sie 1999 ernannt. Ihr Ehemann hat die gleiche Position beim Awo-Kreisverband Frankfurt schon seit 1993 inne.

Hannelore Richter hat nicht nur im Kreisverband Wiesbaden etwas zu sagen. Bei der Awo Frankfurt ist sie gegen Honorar als "Sonderbeauftragte" tätig und war dort unter anderem für die "Awo-Flüchtlingsarbeit" zuständig. Jürgen Richter wiederum ist neben seiner hauptamtlichen Geschäftsführertätigkeit in Frankfurt ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender des Awo-Vorstands in Wiesbaden. Er soll dort also die Geschäfte seiner Frau kontrollieren.

Die dritte Schlüsselfigur im Awo-Netzwerk ist Panagiotis Triantafillidis. Der Rechtsanwalt ist ehrenamtlicher Kassenprüfer beim Kreisverband Wiesbaden. Bei der Frankfurter Awo steht er hingegen auf der Honorarliste. Auch dort war Triantafillidis zunächst nur ehrenamtlich tätig, als Vorstandsmitglied des Kreisverbands.

Im November 2016 machte ihn Geschäftsführer Richter dann zum "Sonderbeauftragten Bau und Finanzen", Anfang 2018 zu seinem Stellvertreter. Als Triantafillidis als neuer stellvertretender Geschäftsführer des Kreisverbands vorgestellt wurde, hieß es in der Awo-Zeitung: Seine ehrenamtlichen Ämter "legt er nun für seine Arbeit in der Geschäftsführung nieder". Dass er zu jener Zeit bereits fast zwei Jahre als Sonderbeauftragter in der Geschäftsführung gearbeitet hatte, blieb unerwähnt. Die Frage,

welche Vergütung Triantafillidis für diesen Job erhalten hat, ließen sowohl die Awo als auch der Rechtsanwalt selbst unbeantwortet.

Neben seiner Arbeit als Sonderbeauftragter war Triantafillidis auch als Rechtsanwalt für die Awo Frankfurt aktiv. Er soll in den Verhandlungen mit der Stadt, als es um die Zukunft der beiden Asylbewerberheime ging, recht offensiv aufgetreten sein. Zuvor hatte der Kreisverband Frankfurt versucht, sich die Anwaltsrechnungen aus Triantafillidis' Kanzlei von der Stadt erstatten zu lassen. Es ging um 195.402,52 Euro. Das zuständige Sozialdezernat übernahm allerdings nur einen Bruchteil dieser Kosten. Den Rest, so stellte es zumindest die Awo Anfang Juli per Mail an die Frankfurter Neue Presse dar, hat der Kreisverband aus seiner Vereinskasse an Triantafillidis gezahlt - für die "Verhandlung und Ausarbeitung komplexer Verträge".

Ein weiterer Rechtsanwalt taucht im Awo-Dickicht auf: Ansgar Dittmar. Der Sozialdemokrat war Bundesvorsitzender der Schwusos, der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD, und wollte 2017 in Frankfurt für die Bundestagswahl kandidieren. Dass er sich im Juni 2014 zum Vorsitzenden des Awo-Kreisverbands Frankfurt hat wählen lassen, hat wohl auch damit zu tun. Als Awo-Vorsitzender habe er sich im parteiinternen Vorwahlkampf bessere Chancen ausgerechnet, sagt ein Genosse. Doch die Rechnung ging nicht auf. Dittmar unterlag bei der Kandidatenkür.

Vereinsvorsitzender der Frankfurter Awo blieb er. Es ist ein Ehrenamt, für das laut Satzung nur "im begründeten Ausnahmefall" eine Vergütung gezahlt werden darf. Deshalb wirft eine "Dauerhonorarrechnung" für rechtliche Beratung, die Dittmars Kanzlei im Dezember 2014 im Voraus für 2015 gestellt hat, einige Fragen auf. Sie ist nicht an Dittmars Frankfurter Kreisverband gerichtet, sondern an den in Wiesbaden. Was dann folgte, geht aus einem E-Mail-Verkehr der beiden Kreisverbände hervor. Er liegt der Frankfurter Neuen Presse vor.

"Bei den bisherigen Abrechnungen in 2015 ist uns leider entgangen, die Jahresrechnung 2015 von Herr Ansgar Dittmar Euch weiter zu berechnen", schreibt ein Mitarbeiter der Awo-Geschäftsstelle in Wiesbaden bereits im Juli 2015 an den Kreisverband Frankfurt. "Anbei übersende ich Euch die Rechnung mit der Bitte um Erstattung von 25.704 Euro."

Aus der Rechnung selbst, die an den Kreisverband Wiesbaden adressiert ist, geht nicht hervor, welche Anwaltstätigkeiten Dittmar tatsächlich geleistet haben soll. Darin heißt es nur: "AWO Wiesbaden - Beratung" und "Honorar Dienstleistung Januar bis Dezember 2015". Außerdem: "Die Rechnung ist in monatlichen Teilbeträgen jeweils zum Monatsersten in Höhe von 2142 Euro zu zahlen." Fragen zu dieser Rechnung und zu möglichen weiteren Honorarzahungen an den ehrenamtlichen Vereinsvorsitzenden wollten weder die beiden Awo-Kreisverbände noch Dittmar selbst beantworten.

Die fünfte Schlüsselfigur im Awo-Netzwerk ist Klaus Roth. Er ist beim Kreisverband Frankfurt angestellt, leitet dort die Abteilung Kindertagesstätten. Im April 2017 bekam er einen zweiten Job. Er wurde Geschäftsführer der Awo Protect, einer Tochterfirma des Kreisverbands Frankfurt - damals neu gegründet, um die Bewachung der Awo-Flüchtlingsheime zu übernehmen.

Das war ein lukrativer Auftrag: Für den Awo-eigenen Sicherheitsdienst zahlte das städtische Sozialdezernat laut eigener Auskunft in anderthalb Jahren 7,1 Millionen Euro. Aus diesen Mitteln soll auch Roths Geschäftsführergehalt finanziert worden sein, sagt ein gut informierter Awo-Kenner. Von einer höheren fünfstelligen Jahressumme ist die Rede. Gleichzeitig habe Roth weiterhin sein volles Gehalt als Kita-Abteilungsleiter bekommen, behauptet der Informant. Auch dies sei aus Steuergeldern finanziert worden, allerdings nicht über das Sozial-, sondern über das Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt, das für die Kindertagesstätten zuständig ist.

Fragen zu den Gehaltszahlungen von Kita-Abteilungsleiter und Sicherheitschef: unbeantwortet

Aus dem Bildungsdezernat heißt es, die genaue Aufteilung der pauschal erstatteten Kita-Kosten werde nicht überprüft. "Auskünfte über ausbezahlte Gehälter müssen daher direkt beim Träger eingeholt werden." Der Träger ist in diesem Fall die Awo Frankfurt. Doch dort antworteten weder der Geschäftsführer noch der Vorsitzende auf Fragen der Frankfurter Neuen Presse zu den Gehaltszahlungen an den Kita-Abteilungsleiter und Sicherheitschef. Trotz mehrfacher Nachfragen und Kontaktversuche. Auch Klaus Roth selbst reagierte bisher auf keine unserer Anfragen.

Ob die finanziellen Unregelmäßigkeiten innerhalb des Vereins aufgeklärt werden, bleibt abzuwarten. Als ehrenamtliche Kassenprüferin des Frankfurter Kreisverbands wäre die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen dafür zuständig.

Doch sie hält sich bedeckt. Aus ihrem Wahlkreisbüro heißt es nur: "Frau Nissen weist bei ihrem Revisionsbericht an die Mitglieder immer darauf hin, dass sie nur deshalb als Revisorin tätig sein kann und tätig ist, weil der Revision eine umfangreiche Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorangeht."

Unterdessen bereitet die Awo ihr großes Jubiläum vor. Mitte November ist ein Festakt in der Paulskirche geplant.

Am 28. November lädt die Stadt Frankfurt zum Empfang in den Kaisersaal des Römers. Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) wird es sich bestimmt nicht nehmen lassen, dort eine Rede zum 100-Jährigen der Arbeiterwohlfahrt zu halten.

Bevor er zum Stadtoberhaupt gewählt wurde, war er Mitarbeiter des Kreisverbands Frankfurt. Zum Skandal um die Awo-Flüchtlingsheime hat er sich bisher öffentlich nicht geäußert.

CHRONOLOGIE

Affäre um Asylbewerberheime

2015 und 2016

Während der Flüchtlingskrise sucht die Stadt Frankfurt dringend neue Unterkünfte für Asylbewerber. Der Awo-Kreisverband Frankfurt bietet eine eigene Immobilie in Niederrad sowie ein zu diesem Zweck angemietetes Gebäude im Gutleutviertel an. Das Sozialdezernat ist einverstanden und erteilt den millionenschweren Auftrag ohne ausführlichen Betreibervertrag. Da zwischenzeitlich 175 Personen pro Woche kamen, sei "schnelles Handeln erforderlich" gewesen, begründet das Sozialdezernat diesen Schritt.

Anfang 2018

In der Stabsstelle Flüchtlingsmanagement des Sozialdezernats stoßen verschiedene Abrechnungen des Awo-Kreisverbands auf Misstrauen. Das Rechtsamt wird informiert, später auch die Innenprüfung des Revisionsamts. Beide Stellen empfehlen daraufhin, die Zusammenarbeit mit der Awo schnellstmöglich zu beenden.

Juni 2018

Das Sozialdezernat nimmt Verhandlungen mit dem Awo-Kreisverband auf. Man einigt sich schließlich darauf, die geschäftlichen Beziehungen zum 31. Dezember zu beenden. Die beiden Flüchtlingsheime sollen von anderen Betreibern übernommen werden. Öffentlich informiert wird darüber jedoch nicht.

März 2019

Unsere Zeitung berichtet über den Betreiberwechsel sowie das Zerwürfnis zwischen Stadt und Arbeiterwohlfahrt. Erst nach und nach kommen die Hintergründe ans Licht. Uneinigkeiten gab es unter anderem wegen der Beauftragung eines externen Essenslieferanten, der eigens gegründeten Sicherheitsfirma Awo Protect und einem angeblichen Sport- und Wellnessprogramm für Asylbewerber, bei dem unklar ist, welche Leistungen tatsächlich angeboten worden sind.

21. Juni 2019

Auf der Kreiskonferenz der Awo Frankfurt spricht Geschäftsführer Jürgen Richter von einer "ganz offenbar politisch motivierten Kampagne gegen unseren Verband" und verzichtet auf seinen zuvor angekündigten Rücktritt. Die Delegierten beschließen eine Satzungsänderung: Der ehrenamtliche Vorstand wird durch ein Präsidium ersetzt, die Geschäfte soll künftig ein hauptamtlicher Vorstand führen. Als dessen Vorsitzender wird Jürgen Richter gewählt.

27. Juni 2019

In der Stadtverordnetenversammlung macht die AfD-Fraktion die Affäre um die Asylbewerberheime der Arbeiterwohlfahrt zum Thema. Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) behauptet zunächst, dass unsere Berichterstattung nicht zutreffe. Doch dann räumt sie ein, dass die Vorwürfe geprüft werden. Die AfD beantragt einen Akteneinsichtsausschuss. Wann dieser stattfinden soll, ist noch nicht klar.

FRANKFURTER NEUE PRESSE vom 15.06.2019

Geschäft mit Flüchtlingsheimen in der Kritik

Vorwürfe gegen die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt – Geschäftsführer vor dem Rücktritt
Nach dem Ausstieg der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt aus der Betreuung für Asylbewerber kommen neue Ungereimtheiten ans Licht. Interne Unterlagen wecken Zweifel, ob das für Sportangebote erhaltene Steuergeld vollständig dafür verwendet wurde. Unterdessen hat der Geschäftsführer des Kreisverbands seinen Rücktritt angekündigt.

Frankfurt. Interne Verträge zwischen der Arbeiterwohlfahrt (Awo) Frankfurt und einer zu ihr gehörenden Stiftung bringen den Sozialverband in Erklärungsnot. In den Kooperationsvereinbarungen wurde „das Angebot physiotherapeutischer Betreuung und Sportangebote für Geflüchtete“ geregelt. Profitieren sollten davon die Bewohner der beiden bis Ende 2018 vom Awo-Kreisverband Frankfurt betriebenen Asylbewerberunterkünfte in der Innenstadt und im Stadtteil Niederrad. Die Stadt Frankfurt zahlte der Awo dafür insgesamt 201.461 Euro. Doch Recherchen unserer Zeitung wecken Zweifel daran, ob die Fitness- und Entspannungsangebote so stattgefunden haben, wie behauptet.

Eine Ehrenamtliche, die in einem der Awo-Heime tätig war, sagte, von einem professionell organisierten Sportprogramm oder einem physiotherapeutischen Angebot für Flüchtlinge habe ich in all der Zeit nichts mitbekommen. Aus einem anderen Asylbewerberheim liegen unserer Zeitung verschiedene Versionen eines "Monitoring"-Berichts an die städtische Stabstelle Flüchtlingsmanagement vor, in dem alle stattgefunden Angebote aufgelistet werden sollten. Die Ursprungsfassung, die von Awo-Mitarbeitern in der Unterkunft ausgefüllt wurde, enthält deutlich weniger Einträge und deutlich geringere Teilnehmerzahlen als die Fassung, die von der Awo-Geschäftsstelle dann an die Stadt geschickt wurde. Außerdem haben sich Mitarbeiter in dieser Flüchtlingsunterkunft laut eines Besprechungsprotokolls darüber ausgetauscht, „dass es nur sehr wenig interne Angebote gibt, insbesondere im Bereich Sport.“

Die Awo Frankfurt weist alle Vorwürfe zurück. „Die für die Durchführung der Sportangebote vorgesehene Vergütung, in den Budgetverhandlungen mit der Stadt berücksichtigt, wurde vollumfänglich für die Umsetzung der Sportangebote verwandt und an das Therapeutikum der Johanna-Kirchner-Stiftung gezahlt“, teilte ein Sprecher des Kreisverbands mit. „Alle Angebote fanden, wie auch der Stadt gegenüber nachgewiesen, statt.“ Das Therapeutikum ist die Therapie-Abteilung der Awo-eigenen Kirchner-Stiftung, die eigentlich in der Altenhilfe tätig ist. Laut den Kooperationsvereinbarungen sollten sich deren Mitarbeiter um die in den Awo-Heimen untergebrachten Asylbewerber kümmern.

Neben sportlichen Aktivitäten sollten sie auch „Entspannungsmaßnahmen“ wie Massagen, Meditation und Autogenes Training anbieten. „Das Team für beide Einrichtungen bestand aus insgesamt vier Mitarbeitern darunter Physiotherapeuten, Fitnesstrainer und Gymnastiklehrer“, erklärte der Awo-Sprecher.

Inzwischen hat sich die Awo Frankfurt vollständig aus der Flüchtlingsbetreuung zurückgezogen. Für die beiden Heime sind seit Jahresbeginn Caritas und Diakonie zuständig. Offiziell heißt es, man habe sich im Einvernehmen mit der Stadt „aus dem Geschäftsbereich der Arbeit mit Geflüchteten“ zurückgezogen. Doch bereits Anfang März machte unsere Zeitung öffentlich, dass es zuvor zum Streit mit der Stadt kam. So hatte man sich im Sozialdezernat etwa darüber gewundert, dass die Awo entgegen der ursprünglichen Absprachen einen externen Essenslieferanten beauftragt hatte, die dadurch eingesparten Kosten aber behalten wollte. Auch die Beauftragung eines eigens gegründeten Sicherheitsdienstes, der Awo Protect gGmbH, stieß auf Stirnrunzeln.

Nach unserem Bericht hat Awo-Geschäftsführer Jürgen Richter seinen vorzeitigen Wechsel in den Ruhestand angekündigt. Als sein Nachfolger stünde unter anderem Klaus Roth bereit, heißt es in einem Schreiben an Awo-Mitglieder. Roth leitet die Abteilung Kindertagesstätten und ist Geschäftsführer der Firma Awo Protect.

FRANKFURTER NEUE PRESSE vom 15.06.2019

201.461 Euro – wofür eigentlich?

Sportangebote - Die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt muss erklären, wie sie Mittel zur Flüchtlingshilfe eingesetzt hat

Nach einem Streit mit der Stadt Frankfurt hat der Awo-Kreisverband seine Asylbewerberheime aufgegeben. Es ging um finanzielle Ungereimtheiten. Nun werden neue Details bekannt.

Frankfurt. Der Frankfurter Verband der Arbeiterwohlfahrt (Awo) kümmerte sich laut eigenen Angaben umfassend um die in seinen Heimen untergebrachten Asylbewerber. Im Angebot waren vermeintlich Krafttraining, Progressive Muskelentspannung, Massagen, Meditation, Aerobic oder Boxen. Für die Bewohner des Henriette-Fürth-Hauses in der Innenstadt und der Awo-Unterkunft im Stadtteil Niederrad organisierte der Kreisverband ein breitgefächertes Programm an Fitness- und Entspannungsangeboten. Zumindest auf dem Papier.

Recherchen unserer Zeitung wecken erhebliche Zweifel daran, ob dieses von der Stadt Frankfurt finanzierte Angebot tatsächlich so stattgefunden hat, wie es die Awo behauptet. Es könnte sich, so der Verdacht, um ein Awo-internes Scheingeschäft handeln, das dazu diente, Steuergeld aus der Flüchtlingshilfe in andere Bereiche des SPD-nahen Sozialverbands zu lenken. Es geht um 201.461 Euro.

Der Awo-Kreisverband Frankfurt weist diese Vorwürfe zurück. Doch interne Unterlagen, die uns vorliegen, bringen die Geschäftsführung nun in Erklärungsnot.

Im Juli 2014 eröffnete die Awo Frankfurt ihre erste Asylbewerber-Unterkunft. Ein ehemaliges Schwesternwohnheim am Poloplatz in Niederrad wurde zum Flüchtlingsheim umfunktioniert. Zunächst gab es dort 28 Plätze. Doch mit der Flüchtlings- und Migrantenwelle ab Sommer 2015 stieg der Bedarf sprunghaft an. Die Stadt musste Flüchtlinge schnell unterbringen und war dankbar dafür, dass sich Sozialträger wie die Awo dieser Aufgabe annahmen. "Es herrschte Goldgräberstimmung bei den Sozialträgern", erinnert sich jemand, der die Branche gut kennt, an diese Zeit.

Die Awo Frankfurt stellte in Niederrad Wohncontainer auf, später wurden dort auch noch Asylbewerber in einem Altenpflegeheim einquartiert. Insgesamt 211 Plätze entstanden am Poloplatz. Noch größer wurde die zweite Awo-Flüchtlingsunterkunft, eine angemietete Gewerbeimmobilie in der Nähe des Hauptbahnhofs. Die Awo taufte sie Henriette-Fürth-Haus und schuf darin 380 Heimplätze. Das Geld dafür kam von der Stadt.

Doch offenbar kam es zu Problemen. Denn zum Jahreswechsel 2018/2019 gab die Arbeiterwohlfahrt ihre beiden Flüchtlingsheime in Frankfurt auf. Sie werden seitdem von der Diakonie und der Caritas betrieben. "Der Rückzug aus dem Geschäftsbereich der Arbeit mit Geflüchteten erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses des Kreisvorstandes und im Einvernehmen mit der Stadt", erklärte ein Sprecher des Kreisverbands. "Ein Zerwürfnis mit der Stadt liegt nicht vor."

Doch wie unsere Zeitung bereits Anfang März berichtete, gab es vor diesem Beschluss erhebliche Unstimmigkeiten zwischen dem Awo-Kreisverband und dem städtischen Sozialdezernat. Es ging um Auftragsvergaben an einen Essenslieferanten und die eigens gegründete Sicherheitsfirma Awo Protect.

Nun werden weitere Details bekannt, die eine Erklärung für das plötzliche Ende eines eigentlich lukrativen Geschäfts liefern könnten.

In zwei internen Verträgen hat die Awo "das Angebot physiotherapeutischer Betreuung und Sportangebote für Geflüchtete" geregelt. Einer dieser Verträge, die "Kooperationsvereinbarung" zwischen dem Awo-Kreisverband und der zur Awo gehörenden Johanna-Kirchner-Stiftung für die Unterkunft in Niederrad, liegt unserer Zeitung vor. Er liest sich wie das Programm eines professionellen Gesundheits- und Fitnessstudios. "Rückenschule, Heben- und Tragen etc. in Gruppen- oder Einzelmaßnahmen" steht da etwa unter "Gymnastikangebote". Zu den "Entspannungsmaßnahmen" zählen Ernährungsberatung und Autogenes Training. Bei den Sportangeboten werden etwa Schwimmen, Tischtennis, Tanz, Zirkeltraining und Selbstverteidigung aufgelistet.

Für dieses "Gesundheitspaket" sollte der Awo-Kreisverband 7000 Euro im Monat an die Kirchner-Stiftung zahlen. Diese Summe ließ sich die Awo von der Stadt für Sportangebote und Physiotherapie in dem Flüchtlingsheim erstatten. Für beide Unterkünfte zusammen flossen laut Sozialdezernat insgesamt 201.461,60 Euro. Der Awo-Sprecher betonte: Das Geld wurde "vollumfänglich für die Umsetzung der Sportangebote verwandt und an das Therapeutikum der Johanna-Kirchner-Stiftung gezahlt." Das Team für beide Einrichtungen habe aus insgesamt vier Mitarbeitern bestanden, darunter Physiotherapeuten, Fitnesstrainer und Gymnastiklehrer.

Doch eine Frankfurterin, die bis Ende 2018 in der Awo-Einrichtung am Poloplatz ehrenamtlich tätig war, sagte unserer Zeitung: "Um Sportangebote haben wir Freiwillige uns gekümmert. Wir haben zum Beispiel Fußball mit den Asylbewerbern gespielt, aber von einem professionell organisierten Sportprogramm oder einem physiotherapeutischen Angebot für Flüchtlinge habe ich in all der Zeit nichts

mitbekommen. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass es dort so etwas gab." Diese Aussage will die Awo nicht stehen lassen. "Wir weisen diese als haltlos zurück. Die Behauptung, dass es in den beiden Einrichtungen keine organisierten Sportprogramme gegeben haben soll, ist schlichtweg falsch."

Doch es gibt weitere Hinweise darauf, dass die angeblichen Sportangebote nicht in dem Umfang stattgefunden haben könnten, wie es gegenüber der Stadt und in den Awo-internen Verträgen dargestellt wurde. Im Protokoll einer Teambesprechung halten Awo-Mitarbeiter im Henriette-Fürth-Haus am 30. Januar 2018 fest: "Bei der Erstellung der Übersicht ist aufgefallen, dass es nur sehr wenig interne Angebote gibt, insbesondere im Bereich Sport." Der für die Asylbewerber eingerichtete Fitnessraum könne "seit Sommer letzten Jahres nicht genutzt werden". Auch Fotos des Raumes sind dem Protokoll beigefügt. Sie zeigen nicht benutzbare Geräte und ein Schild an der Tür: "Fitnessraum aus hygienischen Gründen geschlossen." Die Stadt erfuhr davon laut Sozialdezernat erst zufällig: "am Rande eines Ortstermins gegen Ende des Jahres 2017". Der Awo-Sprecher behauptete nun, dass während der Schließung ein "funktionelles Training" als Alternative zum Krafttraining angeboten worden sei. Überprüfen lässt sich das kaum.

Misstrauisch stimmt auch ein weiteres Dokument: der sogenannte Monitoring-Bericht, indem quartalsweise alle tatsächlich geleisteten Angebote aufgelistet werden mussten. Das Formular war von der Stabstelle Flüchtlingsmanagement vorgegeben. Doch zumindest für das vierte Quartal 2017 existieren zwei unterschiedlich ausgefüllte Versionen.

In der offiziellen Version, die an die Stadt ging, sind 22 Angebote der Therapeutikum-Abteilung der Kirchner-Stiftung aufgelistet, an denen regelmäßig bis zu 50 Bewohner des Henriette-Fürth-Hauses teilgenommen haben sollen, teilweise sogar mehrmals die Woche. Doch wie passt das zu der Klage über fehlende Sportangebote im Mitarbeiterprotokoll?

Die Antwort liegt womöglich in einer anderen, internen Version dieser Liste vor. Sämtliche 22 Einträge des Therapeutikums fehlen darin. Als Fitnessangebote der Awo werden darin lediglich drei Einträge aufgelistet: "Sport für Männer", "Sport für Frauen" und "Physio-Therapie" - mit jeweils 15, 7 und 4 Teilnehmern.

Es ist die Liste, die vor Ort von Awo-Mitarbeitern ausgefüllt wurde und dann an die Geschäftsstelle ging. Dort wurde schließlich die zweite Version erstellt und an die Stadt geschickt.

Der Sprecher des Awo-Kreisverbands erklärte dazu: "Alle Angebote fanden, wie auch der Stadt gegenüber nachgewiesen, statt. Das diesbezügliche Monitoring (gemeint ist die Überprüfung) für die Einrichtungen der Flüchtlingshilfe wurde zentral durchgeführt, um den Erfordernissen des Datenschutzes und der Homogenität gerecht zu werden."